



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2016

Neues Nachrichtendienstgesetz (NDG): Nimm Deine Grundrechte!

Dommann, Monika

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-126280>
Scientific Publication in Electronic Form
Published Version

Originally published at:
Dommann, Monika (2016). Neues Nachrichtendienstgesetz (NDG): Nimm Deine Grundrechte! Berlin:
Geschichte der Gegenwart.



Neues Nachrichtendienstgesetz (NDG): Nimm Deine Grundrechte!

Was geschieht gegenwärtig? Hat da nicht eine Partei mit F (wie Freiheit) nach der Formel {FDP – F = DP} den Rest ihrer Glaubwürdigkeit in „Die Polizei“ investiert...? Am nächsten Sonntag droht, dass dieses politische Kürzungsprogramm auch ins Schweizer Recht eingeschrieben wird.

Von Monika Dommann am 21. September 2016

Artikel URL: <http://geschichtedergegenwart.ch/neues-nachrichtendienstgesetz-ndg-nimm-deine-grundrechte/>

Der Rekurs auf die Freiheit der Bürger und des Landes ist in der [Schweizerischen Bundesverfassung](#) zentral:

Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.

Auch die Rechte zum Schutz der Privatsphäre sind explizit festgeschrieben:

Jede Person hat Anspruch auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihres Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

Angesichts der zustimmenden [Parolen](#) der sogenannten bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP (sowie den Kleinstparteien EVP und EDU) zur NDG-Abstimmung am nächsten Sonntag stellen sich mehrere Fragen: Wie konnte es soweit kommen, dass ein Land, das auf den Idealen des Liberalismus des 19. Jahrhunderts begründet wurde, diese Prinzipien mit Rekurs auf die Sicherheit nun bereitwillig über Bord zu werfen bereit ist? Warum nehmen die Bürger diesen offensichtlichen Bruch mit liberalen Positionen nicht als staatspolitischen Skandal wahr? Können uns die in der Schweizerischen Bundesverfassung verbrieften Grundrechte des Datenschutzes der Bürgerinnen und Bürger überhaupt noch vor der Überwachung der international vernetzten Rechner in den Händen der Geheimdienste schützen? Und welche Werte stehen im Kampf um eine verfassungsrechtlich geschützte Privatsphäre derzeit auf dem Spiel?

Die Mär von den „liberalen“ Bürgerlichen

Zunächst muss mit einem Irrtum aufgeräumt werden: Das liberale Credo, dass die Freiheitsrechte der Bürger im Liberalismus besonders gut aufgehoben seien – im Thatcherwahljahr 1979 im FDP-Slogan „[Mehr Freiheit, weniger Staat](#)“ besonders prononciert zum Ausdruck gebracht –, hält nämlich einer historischen Analyse nicht stand. Der Politologe [Marc Bühlmann](#) hat die politischen Debatten zum Staatsschutz und zum Datenschutz während der letzten hundert Jahre in der Schweiz etwas genauer unter die Lupe genommen. Seine Untersuchung „[Freiheit vs. Sicherheit](#)“ zeigt, dass die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu einer Aufweichung der Bürgerrechte überhaupt kein Novum ist, sondern Teil ihrer politischen Tradition. Seit den Auseinandersetzungen über den Ausbau der politischen Polizei bzw. des Staatsschutzes zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der insbesondere kommunistische und sozialistische Aktivitäten im Visier hatte, war es immer die Linke, welche den Ausbau von Staatsschutzmassnahmen bekämpfte und sich für individuelle Persönlichkeitsrechte einsetzte.

So gelang es ihr, in den 1920er Jahren die notwendigen Unterschriften für ein Referendum gegen die Verschärfung des Strafrechts (nach ihrem Schöpfer Bundesrat Heinrich Häberlein auch „Lex Häberlein“ genannt) zu sammeln und die Abstimmung an der Urne gegen die bürgerlichen Befürworter (Liberalen, Konservative Volkspartei, Bauernpartei) zu gewinnen. Nicht zuletzt hatte das Ausscheren einiger freisinniger Kantonsparteien und Jugendgruppen zu diesem Erfolg beigetragen. Auch eine nachfolgende Vorlage zur Verschärfung des Staatsschutzes („Lex Häberlein II“) scheiterte 1934 an der Urne. Allerdings hatte der Gesetzesvorschlag auch Unterstützung von einigen Sozialdemokraten erfahren, da die Vorlage versprach, auch den politischen Aufruhr von rechts ins Visier zu nehmen. Noch 1978 (im Kontext von linksextremem Terror einerseits und dem Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst andererseits) scheiterte das bürgerliche Projekt einer nationalen Sicherheitspolizei zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit abermals bei den Stimmbürgern. Wiederum hatte die Linke das Referendum ergriffen. Der Erfolg an der Urne kam diesmal wegen des Ausscherens einiger bürgerlicher Kantonssektionen in der Westschweiz und der Nein-Parole der föderalistischen Ligue Vaudoise zustande.

In den 1980er Jahren kippte allerdings die Skepsis der Stimmbürger gegenüber dem Ausbau von Staatsschutzmassnahmen zu Gunsten einer zustimmenden Haltung: 1982 wurde die Revision des Strafgesetzes, welche den Einsatz von Staatsschutz nicht erst nach strafbaren Handlungen, sondern bereits in der Grauzone staatsgefährdender Tätigkeiten ermöglichen sollte, mit deutlicher Mehrheit (63.7%) an der Urne angenommen. Wiederum hatte die Linke das Referendum ergriffen, und wiederum gab es bürgerliche Abweichler (insbesondere die junge SVP und die junge FDP). Doch inzwischen war dieser Dissens zu gering geworden, um eine Staatsschutzvorlage an der Urne zu kippen. Nachdem Ende der 1980er Jahre zum Ende des Kalten Krieges eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) aufgedeckt hatte, dass die Bundespolizei rund 900.000 Karteien („Fichen“) von ‚verdächtigen‘ Personen und Organisationen angelegt hatte, geriet die politische Polizei zwar unter Kritik von linken Parteien, deren Exponenten und mutmasslichen Sympathisanten von der Bespitzelung besonders betroffen waren. Doch die Volksinitiative zur Abschaffung der politischen Polizei blieb an der Urne 1998 chancenlos (24.9% Ja-Stimmenanteil).

Marc Bühlmanns Geschichte der politischen Debatten um den Datenschutz in der Schweiz ist im Hinblick auf die NDG-Abstimmung vom nächsten Sonntag deshalb so lehrreich, weil sie zeigt, dass der Kampf gegen Staatsschutz und Überwachung nie von den liberalen Parteien ausging, sondern immer von links lanciert wurde. Bühlmanns Studie zeigt jedoch auch, dass diese linke Kritik am Ausbau des Staatsschutzes bei Abstimmungen bis in die 1980er Jahre auf Zustimmung stiess, weil junge und welsche Abweichler aus dem Freisinn und der SVP mithalfen, Überwachungsvorlagen zu verhindern.

Die Privatsphäre ist mehr als ein Kontostand

Die bürgerlichen Parteien sind inzwischen dazu übergegangen, die aus dem Kontext des bürgerlichen Strafrechts des 19. Jahrhunderts stammenden persönlichkeitsrechtlichen Konzepte als politischen Kampfbegriff zu benutzen, wenn gegen die Aufsicht des Staates zur Verhinderung von Steuerhinterziehung argumentiert werden soll. Die 2013 von der FDP, CVP und SVP gemeinsam lancierte Initiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ verengt das liberale Konzept der Privatsphäre mit der Rede vom „gläsernen Bürger“ zu einem Konzept der finanziellen Privatsphäre zur Verteidigung des Bankgeheimnisses.

Der politische Philosoph Raymond Geuss hat in einem lesenswerten [Buch zur Genealogie der Privatheit](#) den Status der Privatsphäre in den liberalen politischen Theorien einer kritischen Analyse unterworfen. Wenn die Liberalen betonen, dass ihr Kontostand „Privatsache“ sei, niemanden etwas angehe und in seiner Vertraulichkeit geschützt werden müsse, dann stellt sich die Frage, welche Werte der Rede um Privatsphäre inhärent sind, und weshalb diese auch aus Sicht der Öffentlichkeit ein schützenswertes Gut darstellen könnten. Geuss argumentiert, dass es eine Rolle spielt, welchem Zweck der Rekurs auf den Schutz der Privatsphäre dienen soll. Ob der Schutz der Privatsphäre der Verfolgung meiner eigenen Interessen dient, beispielsweise der Sicherung des Privateigentums, oder ob der Schutz der Privatsphäre dem Erhalt einer Domäne gelten soll, in der Handlungen zum öffentlichen Wohl gepflegt werden.

Geuss' Überlegungen sind deshalb auch für eine Kritik der Überwachungsmassnahmen von Staaten bedeutsam, weil sie zeigen, dass die Grenzen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen historisch fluid waren. Wenn nun die Überwachungsmethoden des Staatsschutzes zunehmend in Apparaten statt in Bürokratien eingelagert werden, ist die Grenzziehung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten abermals einem fundamentalen Wandel unterworfen. Die Rückbesinnung auf das alte liberale Konzept der Privatsphäre ist deshalb verständlich.

Dennoch sollte der politische Kampf gegen die Überwachung durch den Staatsschutz und die in der Grauzone der Legalität operierenden Geheimdienste sich nicht auf die Verteidigung eines essentialistisch verstandenen Konzeptes der Privatsphäre zurückziehen. Es gilt vielmehr Argumente zu entwickeln, wofür eine der Öffentlichkeit entgegengesetzte Privatsphäre für Gesellschaften auch im 21. Jahrhundert zentral sein könnten. Der Schutz der Privatsphäre darf nicht auf die Frage nach dem Kontostand reduziert werden. Beim Schutz der Privatsphäre stehen nämlich nicht einfach individuelle Eigeninteressen, sondern genuin kollektive Güter auf dem Spiel: Der Schutz von Lebensweisen und religiösen Praktiken von Minderheiten, die

Wahrung von Intimität, die Protektion von Räumen für politische Experimente und nonkonforme Lebensweisen, die Rechte von Dissidentinnen und Dissidenten, eine Sphäre für subversive und ketzerische Literatur und Kunst und das Wissen darum, dass der Schutz von Machtkritik für Gemeinschaften zur Überlebensfrage werden kann. Es ist war immer der unkontrollierbare Machtmissbrauch, der das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger in Zeiten der Totalitarismen bedroht hat.

Datenschutz nach 1984

Als die politische Stimmung in der Schweiz in den 1980er Jahren langsam zu Gunsten eines Ausbaus des Staatsschutzes kippte, waren Computer nicht länger bloss einige wenige Zentralrechner, sondern individuelle Personal Computer für den Hausgebrauch. Die Politik war schlecht vorbereitet auf diesen technologischen Umbruch. Auch die Linke rezipierte den Einzug des Computers in die Arbeitswelt und den Alltag mittels jener semantischen Codes, die sich seit George Orwells Dystopie *1984* aus den 1940er Jahren in der politischen Sprache etabliert hatten. Als der Schweizerische Gewerkschaftsbund zusammen mit den Demokratischen Juristen im März 1984 an der ETH in Zürich eine Tagung zum Datenschutz durchführte, warb ein Plakat mittels einer Bildsprache für den Anlass, die auf Orwell, Barcodes und die Magnetbänder der Grossrechner zurückgriff. Mit der Fichenaffäre und dem damit zusammenhängenden Volkszählungsboykott kumulierten zwar die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um staatliche Überwachungstechnologien. Dennoch blieb eine Debatte zu den Implikationen der neuen elektronischen Medien für den Staatsschutz aus. Der Diskurs um die Privatsphäre in der Boykottbewegung der Volkszählung 1990 operierte noch vollständig mit den alten Sprachbildern der Sinnesapparate („Schnüffelfeld“) und den papierernen Bürokratien („Fichen“); zudem geriet mit der Statistik jene zentrale Regierungstechnik in die Kritik, die mit der Entstehung des National- und des Sozialstaates seit dem 19. Jahrhundert verbunden war. Und obwohl EDV und Datenbanken bereits am Horizont erschienen waren, diente noch der faschistische Technikgebrauch der 1930er Jahre (die mit Hollerithmaschinen durchgeführten Volkszählungen) als Blaupause einer linken Technikkritik.

Der deutsche Medienwissenschaftler Friedrich Kittler erkannte jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt die politisch gefährlichen Effekte des digitalen „Staubsaugerverfahrens“ jeglicher Daten in den Händen von Geheimdiensten. In seiner [Rezension der Monographie von James Bamford](#) über die NSA, abgedruckt unter dem prophetischen Titel *No Such Agency* in der TAZ im Jahr 1986, brachte Kittler die Potentiale einer Verschaltung analoger Medien in Computersystemen mit lakonischer Präzision auf den Punkt:

Eine 70.000-Mann-Organisation, die nach vorsichtiger Schätzung jede tausendste Fernmeldeverbindung auf diesem Planeten mit Spionagesatelliten oder Richtfunkantennen abhört und in „Plattform“, einem Netzwerk von 52 weltweit verschalteten Computersystemen, automatisch entziffert, speichert und auswertet, überlässt die Public Relations gern der CIA mit ihren 4.000 Agenten.

Kittler schloss mit dem düsteren Verdikt, dass blosse Gesetze solche automatische Datenverarbeitung nicht mehr zu stoppen vermögen, sondern diesen Technologien nur mehr mit Technologie beizukommen sei.

Wenn wir am nächsten Sonntag an der Urne über das NDG abstimmen, gilt es in diesem Sinne zu bedenken, dass die Potentiale des Rechts zur Kontrolle der Technik begrenzt sind. Dass die Bürgerinnen und Bürger spätestens seit Edward Snowdens Enthüllung der weltumspannenden Überwachungsaktivitäten der NSA, allerdings, im Sinne von Kittlers ‚Gegen-Technologien‘, selbst zu den geheimdienstlich erprobten Verschlüsselungstechnologien greifen, um ihre Daten vor Überwachung zu schützen, ist allerdings keine beruhigende Nachricht.

Niemand hat die destruktiven Effekte auf die Persönlichkeit und das Zusammenleben der Menschen durch Überwachungstechnologien eindringlicher zur Darstellung gebracht als Francis Ford Coppola in seinem Film [The Conversation](#) aus dem Jahr 1974. Im Nachhall von Watergate gedreht, zeigt der Film, wie die Figur des Abhörspezialisten Harry Caul zunehmend zum Opfer einer eigenen technologisch aufgerüsteten Abhörparanoia wird.

Der Schutz des Grundrechts der Privatsphäre ist deshalb so dringlich, weil es die einzige politische Möglichkeit darstellt, dem potentiellen Machtmissbrauch des Staatsschutzes und der Geheimdienste eine Schranke zu setzen. Wenn die Bürger sich nicht mehr auf dieses Grundrecht berufen können, droht die Paranoia des Staatsschutzes und der Geheimdienste vollends zur Paranoia ihrer Bürgerinnen und Bürger selbst zu werden. Gemeinschaften, in welchen politische Kommunikation, Kunst, Literatur, Intimität und Religion zur blossen Frage der richtigen Verschlüsselungstechnologie wird, ohne dass sie sich das Vetorecht der Grundrechte zubilligen, müssen den Buchstaben F wie Freiheit dann auch aus ihrer Verfassung streichen. – Nimm Dir Deine Grundrechte!

Monika Dommann

Monika Dommann ist Professorin für Geschichte der Neuzeit an der [Universität Zürich](#) und kommentiert auf [twitter](#).